

## Fragen

für die Fragestunde der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 21. März 2007

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11, 12	Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU) .....	22
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Kolbe, Manfred (CDU/CSU) .....	2, 23
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) .....	13, 14	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	1, 26
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	9, 10	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP) .....	4, 5
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	17, 18	Rohde, Jörg (FDP) .....	20, 21
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) .....	3, 6	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	15, 16
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	24, 25	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	19
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	7, 8

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	7

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

1. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)  
Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass der Umzug von Bundesministerien von Bonn nach Berlin keiner Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes bedarf und die Bundesregierung innerhalb ihrer verfassungsrechtlich geschützten Organisationsgewalt den Komplettumzug der Bundesministerien nach Berlin entscheiden kann, und wenn ja, wird die Bundesregierung von ihrer verfassungsrechtlich geschützten Organisationsgewalt in diesem Falle Gebrauch machen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

2. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)  
Plant die Bundesregierung Ausgleichszahlungen an Betriebe der Geflügelindustrie, denen aufgrund der bis zum Oktober 2007 verlängerten Geflügel-Aufstallungsverordnung zum Schutz vor der klassischen Geflügelpest in der Produktionsperiode 2007 weitere Einnahmeausfälle bis hin zu Totalausfällen drohen und die damit in Notlagen geraten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

3. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.)  
Mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen bringt sich die Bundesregierung zurzeit in die weitere Gestaltung des Bologna-Prozesses zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums ein, bei dem sie mit der EU-Ratspräsidentschaft den Vorsitz in den entsprechenden Gremien innehat?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(FDP)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bautzen, die Streichung des Dresdner Elbtals von der UNESCO-Weltkulturerbeliste noch zu verhindern?
5. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(FDP)      Besteht vor diesem Hintergrund nach Ansicht der Bundesregierung nun die Notwendigkeit, durch ein Ausführungsgesetz die verbindliche Umsetzung der Welterbekonvention in nationales Recht zu gewährleisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

6. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)      Aus welchem Grund hat die Bundesregierung den schon Ende Juni 2006 fälligen Fortschrittsbericht zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch nicht vorgelegt, und wann wird das erfolgen?
7. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(DIE LINKE.)      Wie hat sich bei der Bundesagentur für Arbeit der Anteil der Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen in den Arbeitsgemeinschaften bundesweit und in den einzelnen Bundesländern mit der Bewilligung 4 000 zusätzlicher Stellen für das Jahr 2007 entwickelt?
8. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(DIE LINKE.)      Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung daraus, dass trotz der bewilligten 4 000 Stellen für das Jahr 2007 bei der Bundesagentur für Arbeit mehrere tausende befristete Arbeitsverhältnisse existieren und nach Meldungen der Presse das Auslaufen zahlreicher befristeter Stellen in den nächsten Monaten die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften bei der Vermittlung und Leistungszahlung gefährden könnte?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

9. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)  
Hat die Bundesregierung die mögliche Stationierung von Bestandteilen für ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien zum Gegenstand von Gesprächen mit den Regierungen der USA, Polens und Tschechiens gemacht?
10. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)  
Wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft die mögliche Stationierung von Elementen des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien zu einem europäischen Thema machen?
11. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bzw. die deutsche EU-Ratspräsidentschaft anlässlich der jüngsten schweren Menschenrechtsverletzungen durch Polizeikräfte gegen zahlreiche Mitglieder der „Bewegung für demokratischen Wandel“ (MDC) und anderer Oppositionsgruppen gegenüber der Regierung von Simbabwe ergriffen?
12. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie wirkt die Bundesregierung auf die Regierungen der Nachbarländer Simbawes ein, insbesondere auf die Regierung Südafrikas, um sich entschiedener gegen die gegenwärtige Politik der Verfolgung und Misshandlung von Oppositionskräften von Präsident Robert Mugabe zu positionieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

13. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)  
Wie bewertet die Bundesregierung gesetzliche Regelungen, die bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an private Unternehmen die Einhaltung von Tarifverträgen durch diese Unternehmen zu einer Voraussetzung erklären (so genannte Tariftreuegesetze) und bereits in verschiedenen Bundesländern existieren?

14. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)  
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass auch bei der Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen durch die Einrichtungen des Bundes die Einhaltung von Tarifverträgen zu einer Voraussetzung gemacht werden sollte, um die Beschäftigten vor Lohndumping zu schützen?
15. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)  
Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den laut Tourismusbarometer 2007 des Ostdeutschen Sparkassenverbandes mit 5,5 Prozent um mehr als dreifach geringeren Anteil ausländischer Touristinnen und Touristen an Übernachtungen in den ostdeutschen Bundesländern gegenüber dem der westdeutschen Bundesländer mit 17,2 Prozent?
16. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)  
Was kann und wird die Bundesregierung tun, um mehr ausländische Touristinnen und Touristen zu Reisen in die ostdeutschen Bundesländer zu motivieren?
17. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Inwieweit sind der Bundesregierung die Pläne des durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt vorgestellten Projektes einer deutschen Mondsonde bekannt?
18. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie stellt sich die Bundesregierung ihr weiteres Engagement im Rahmen der Europäischen Weltraumbehörde (ESA) vor dem Hintergrund des nationalen Alleinganges bezüglich der deutschen Mondsonde vor?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

19. Abgeordneter  
**Dr. Harald Terpe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere an Jugendliche gerichtete Flatrateangebote für Alkohol in Gaststätten und Diskotheken, und welchen Handlungsbedarf sieht sie?

20. Abgeordneter  
**Jörg Rohde**  
(FDP)
- Welche neuen Erkenntnisse zum Versorgungsaufwand von hochgradig schwerhörigen Menschen hat die Bundesregierung seit März 2006 (Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Frage 43 der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch auf Bundestagsdrucksache 16/894) gewonnen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der von den Krankenkassen veranschlagte Festbetrag von 421,28 Euro ausreichend bemessen ist, damit alle Menschen mit einer schwerwiegenden Hörbehinderung ein ihren individuellen Bedürfnissen entsprechendes Hörgerät erwerben können, das ihnen die Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht?
21. Abgeordneter  
**Jörg Rohde**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Teilhabe hörbehinderter Menschen am Arbeitsleben die Erwägungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH), zukünftig keinen Beitrag mehr zur Finanzierung von Hörgeräten aus der Ausgleichsabgabe zu leisten, und welche Auswirkungen auf die Versorgung Hörbehinderter mit Hörgeräten erwartet die Bundesregierung durch das Inkrafttreten des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

22. Abgeordneter  
**Dr. Peter Jahr**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist mit Kürzungen bei der Bundeszuweisung für den Bundesstraßenbau im Freistaat Sachsen zu rechnen, und kommt es deshalb zu einer zeitlichen Beeinflussung der im Investitionsrahmenplan 2006 genannten Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan für den Freistaat Sachsen?
23. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass für den Neubau von Straßenprojekten im Freistaat Sachsen für 2007 nur noch rund 65 Mio. Euro und für 2008 sogar nur noch rund 40 Mio. Euro zur Verfügung stehen sollen, und ist dadurch die Realisierung der im Investitionsrahmenplan für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes für den Zeitraum 2006 bis 2010 vom 27. Oktober 2006 aufgeführten Neubauprojekte wie etwa der Bundesstraße 169 in Riesa oder der Bundesstraße 2 in Bad Dübener Heide gefährdet?

24. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die im Forschungsvorhaben für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Der industriepolitische Nutzen des Transrapid“ aus dem Jahr 2006 dargelegte Einschätzung der Professoren Baum und Maennig, dass mit dem Bau einer Transrapid-Strecke in München Kosteneinsparungen von 472,4 Mio. Euro im Schiffsbau verbunden sind, die die volkswirtschaftliche Bewertung der Transrapid-Strecke in München verbessern, und wie erklärt sich die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Transrapid-Anwendungsstrecke und Schiffsbau?
25. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche einheitliche Position vertritt die Bundesregierung in der Frage der Einführung eines Tempolimits auf Bundesautobahnen, nachdem sich der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, in der „WELT am SONNTAG“ für ein Tempolimit auf Autobahnen aus Verkehrssicherheitsgründen ausgesprochen hat, der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, in einer Pressemitteilung seines Bundesministeriums aber gegen ein Tempolimit auf Bundesautobahnen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung eingetreten ist, und von welchem Beitrag zur Verkehrssicherheit geht die Bundesregierung von der Einführung eines Tempolimits auf Bundesautobahnen aus?
26. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Bedenken hat der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Wolfgang Tiefensee, bezüglich der Unternehmensteuerreform und deren Wirkung auf ostdeutsche mittelständische Unternehmen, und trifft es zu, dass die geplante Unternehmensteuerreform dazu führt, dass ostdeutsche mittelständische Unternehmen durch diese Reform unterdurchschnittlich entlastet, aber dafür durch die Gegenfinanzierung überdurchschnittlich belastet werden (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, 14. März 2007)?
27. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird das 1992 durch den Bundesminister für Verkehr, Günther Krause, herausgegebene Regelwerk „Merkblatt Allein“ durch die „Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume“ (ESAB) aus dem Jahr 2006 korrigiert?